

Protokolleintrag vom 05.12.2012

2012/461

Postulat von Marc Bourgeois (FDP) und Michael Baumer (FDP) vom 05.12.2012: Masterplan Velo, Verzicht auf die Ausgaben für die «übrigen Handlungsfelder»

Von Marc Bourgeois (FDP) und Michael Baumer (FDP) ist am 5. Dezember 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob auf die Ausgaben von 12 Mio. für die „übrigen Handlungsfelder“ im Rahmen des Masterplan Velo verzichtet werden kann.

Begründung:

Der am 8. November 2012 vom Stadtrat präsentierte „Masterplan Velo“ umfasst neben Infrastrukturausgaben von 55 Mio. Franken in den nächsten zwölf Jahren weitere 12 Mio. Franken für sog. „übrige Handlungsfelder“. Hierbei handelt es sich um Prävention, Schulungen, Fahrkurse, Kommunikation, Grossanlässe u. a.

Wer in der Stadt Zürich aber Velo fährt, tut dies, wenn/weil dies praktisch, komfortabel und sicher ist – und nicht, weil es einem der Staat einbläut, weil es angeblich „gut“ ist, und weil man irgendwann mal ein Feuchttüchlein erhalten hat. Aufgrund solcher Massnahmen wird kein vernünftiger Mensch auf das Velo umsteigen.

Auch Grossanlässe wie Multimobil ziehen ganz offensichtlich Bevölkerungskreise an, die nicht im Sinne des Stadtrates überzeugt werden müssen. Und eine – sicherlich unterhaltsame – Fahrt mit einem muskelbetriebenen Spassmobil wird die alltägliche Verkehrsmittelnutzung eines Einzelnen nicht nachhaltig beeinflussen.

Will man aber die Sicherheit der Velofahrenden mittels Fahrkursen und Schulungen verbessern, so dürfte neben Infrastrukturmassnahmen eine unentgeltliche Schulung von Auto- und Lastwagenfahrern sowie die konsequente Verfolgung von Verkehrsregelmissachtungen aller Verkehrsteilnehmer wesentlich wirksamer sein.

Der Stadtrat darf davon ausgehen, dass unsere Stadtbevölkerung sehr wohl in der Lage ist, sich aufgrund von Fakten und verfügbaren Infrastrukturen selbständig und eigenverantwortlich für das jeweils geeignetste Verkehrsmittel zu entscheiden. Jegliche Form von Indoktrination dürfte deshalb wirkungslos verpuffen, weshalb auf die Ausgaben für die „übrigen Handlungsfelder“ vollumfänglich zu verzichten ist. Das Geld kann andernorts besser investiert werden.

Mitteilung an den Stadtrat